

Daniel Furrer
Landrat CVP
Erstfeld

Parlamentarische Empfehlung

Zur Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden

Ausgangslage/Begründung

Zusammen mit meinem Zweitunterzeichner Ruedi Cathry reiche ich eine parlamentarische Empfehlung zur Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden ein. Dieser Vorstoss ist nicht eine Folge der Asyl-Ereignisse in Seelisberg. Mir geht es nicht um den Einzelfall, sondern um den Grundsatz.

Dabei sind mir zwei Bereiche vorrangig: Die verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmung der Gemeinden und die Art und Weise des Einbezugs und der Kommunikation zwischen Gemeinden und Kanton resp. Verwaltung bei übergeordneten Aufgaben.

Zur Selbstbestimmung der Gemeinden: Die Gemeindeautonomie ist das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der Gemeinden, im Rahmen des kantonalen Rechts einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln und zu gestalten. Oder anders: Wo die übergeordnete Gesetzgebung Handlungsspielraum zulässt, soll dieser auch von den Gemeinden bestimmt und genutzt werden können. Das ist gegenwärtig nicht immer der Fall.

Zur Art und Weise der Kommunikation und des Einbezugs der Gemeinden bei übergeordneten Aufgaben: Unter diesem Titel gibt es verschiedene Beispiele gelungener Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden. Leider auch solche, bei denen das offensichtlich nicht gelungen ist. Auch diese Beispiele sind bestens bekannt.

Empfehlung an den Regierungsrat

Für die Wahrung der Gemeindeautonomie und die künftige gute Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden sind Verbesserungen unumgänglich, sollen die absehbaren Herausforderungen in verschiedenen Bereichen erfolgreich und zum Wohl der Urnerinnen und Urner bewältigt werden können.

Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat eingeladen, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Einzelnen zu überdenken und zu stärken, insbesondere in folgenden Punkten:

- Die Autonomie und die Selbstbestimmung der Gemeinden ist zu respektieren, Föderalismus und Subsidiarität hochzuhalten.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kanton/Verwaltung und Gemeinden bei übergeordneten Aufgaben ist zu stärken. Frühzeitiger Einbezug und gemeinsame Entscheide sollen als Teil des Lösungsprozesses selbstverständlich sein und zu tragbaren und breit abgestützten Ergebnissen führen.
- Es soll von Anfang an eine offene Kommunikation gefördert werden. Auch kritische Einschätzungen im Einzelfall sollen respektiert werden.
- Die Zusammenarbeit soll lösungsorientiert mit win-win Anstrengungen angegangen werden. Problemorientierungen und Sturheit sollten vermieden werden.
- Die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen Kanton und Gemeinden soll verstärkt als Führungsaufgabe des Regierungsrats verstanden und wahrgenommen werden.

Erstfeld/Schattdorf

Der Erstunterzeichner



Daniel Furrer

Der Zweitunterzeichner



Ruedi Cathry